



Ungeahnte Risiken

Unabhängig von der öffentlichen Anhörung im Husumer Kreishaus zur beabsichtigten CO²Einlagerung in Nordfriesland kann doch im Grunde heute schon gesagt werden, dass die Bevölkerung dies nicht will.

Schleswig-Holstein ist nicht nur ein einmaliges Urlaubsland, geprägt von Natur und Landschaft, sondern auch vorbildlich darum bemüht, innovative Lösungen im Bereich Umwelt und Klimaschutz zu finden. Der Kreis Nordfriesland ist auf dem Wege, klimafreundlichster Kreis zu werden. Hierzu zählen z. B. weiterhin Preise für Projekte, mit denen Entwicklungen gefördert werden sollen wie die Reduzierung der CO²-Emissionen und Maßnahmen zum Schutz der Natur und Landschaft.

Durch den immensen Aufwand der Energiekonzerne überhaupt erst einmal zu prüfen, ob Schleswig-Holstein für eine Endlagerung in Frage kommt, werden Unsummen von Geld aufgebracht. Dieses Geld hätte man, gerade in der heutigen Zeit, mit Sicherheit besser beim Stromabnehmer angelegt, statt dort immer wieder Strompreiserhöhungen vorzunehmen.

Bei einer Endlagerung kann keiner garantieren, ob das CO² dauerhaft sicher unterirdisch eingebracht werden kann. Auch der Transport durch Pipelines über hunderte von Kilometern birgt ein enormes gesundheitliches Gefährdungspotential.

Die bevorstehenden Probebohrungen und die damit verbundenen möglichen Sprengungen sowie alle seismografischen Untersuchungen bergen noch weitere Gefahren. So liegen die ganzen Versorgungsleitungen für Frischwasser, Strom, Abwasser und noch vieles mehr unter der Erde. Wie schnell können diese ganzen Leitungen durch Beschädigungen in Mitleidenschaft gezogen werden. Man mag nicht darüber nachdenken, was dieses Unternehmen „Endlagerung von CO²“ alles noch nach sich zieht. So wollen die Bewohner hier nicht leben! Und wir müssen alles dafür geben, dass es kein Endlager unter unseren Füßen gibt.

Die Wählergemeinschaft Nordfriesland/Die Unabhängigen wird sich gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern für ein sauberes, gesundes Urlaubsland einsetzen und kämpfen. „Notfalls gehen wir gemeinsam auf die Strasse, wenn unsere Landesregierung keine Verantwortung für ihre Bürger übernimmt.“